

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/028(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 25.01.2022	Zoom-Meeting Meeting-ID: 671 9621 3249 Kenncode: 827080	17:00 Uhr	19:08 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02.11.2021
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Anträge
 - 5.1 Lernförderung nach BuT verstärkt nutzen A0195/21
 - 5.1.1 Pkt. 1 Familie-Stärken-Gesetz
 - 5.1.1.1 Pkt. 2 Ottostadt-Kampagne

5.1.1.1. Pkt. 3 FIB

1

5.1.2 Lernförderung nach BuT verstärkt nutzen

S0414/21

6 Informationen

6.1 Bildungsreport - Modul 2 - Allgemeinbildende Schulen

I0213/21

6.2 Information zur Berichterstattung des Integrationsbeauftragten 2020

I0229/21

6.3 Die aktuelle Versorgungssituation psychisch kranker und/oder
seelisch behinderter oder von seelischer Behinderung bedrohter
Kinder und Jugendlicher I0238/21

7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Christian Mertens

Mitglieder des Gremiums

Julia Bohlander

Julia Brandt

Nadja Lösch

Manuel Rupsch

Evelin Schulz

Sachkundige Einwohner/innen

Nicole Anger

Jacqueline Brösicke

Peter Uhlmann

Geschäftsführung

Heike Ponitka

Daniela Diestelberg

Natalie Schoof

Abwesend - unentschuldigt

Aila Fassl

 Öffentliche Sitzung

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Stadtrat Mertens**, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

 2. Bestätigung der Tagesordnung

Bestätigung der Tagesordnung: **5-0-0**

 3. Genehmigung der Niederschrift vom 02.11.2021

Bestätigung der Niederschrift: **5-0-0**

 4. Öffentliche Sprechstunde

Es ist niemand zur öffentlichen Sprechstunde erschienen.

 5. Anträge

 5.1. Lernförderung nach BuT verstärkt nutzen
 Vorlage: A0195/21

Stadträtin Lösch bringt den Antrag ein.

Sie erklärt, dass bisher nur wenige Anträge für BuT-Mittel gestellt wurden. Um dies zu erhöhen schlägt sie vor, dass die Antragsstellung auf alle Kinder erweitert werden soll, dass durch eine Ottostadt-Kampagne die Bekanntheit erhöht werden und dass das FiB mehr mit eingebunden werden soll.

Frau Dykiert, Jugendamt, bringt die Stellungnahme ein.

Sie berichtet, dass es die niedrige nicht nur in Magdeburg gibt, sondern dies bundesweit so ist. Zu den einzelnen Punkten von **Stadträtin Lösch** erklärt sie:

Pkt.1: - laut Landesrichtlinie dürfen nur bestimmte Gruppen die Anträge stellen; „nur“ die Noten verbessern zu wollen reicht leider nichts
 - für die Schulen gibt es noch das Projekt „Aufholen nach Corona“

Pkt. 2: - dass Team nimmt bereits bei verschiedenen Veranstaltungen teil wie „Storch im Rathaus“ oder auch vor dem Stadion, wenn der FCM spielt – die Erfahrung ist aber, dass die Leute nicht an die Stände kommen
 - die Informationen zu den BuT-Mittel werden z.B. an Sozialarbeiter*innen, Kita`s und Verbänden regelmäßig weitergegeben; wenn gewünscht nehme sie auch an Elternversammlungen teil und erklären alles

Pkt. 3: - die gute Zusammenarbeit mit dem FiB besteht bereits

- es ist geplant in Zusammenarbeit mit dem Amt 12 (Statistik) eine Umfrage durchzuführen zur Nutzung von BuT-Mitteln – dies dauert aber noch etwas, anschließend sind zu den Ergebnissen verschiedene Workshops geplant, dazu sind die Stadträt*innen herzlich eingeladen

Stadträtin Lösch erklärt, dass man trotzdem eine Ottostadt-Kampagne durchführen sollte, jede Öffentlichkeitswerbung hilft. Die Landesrichtlinie ist ihr nicht bekannt. Des Weiteren möchte sie ihren Antrag punktweise abgestimmt haben.

Herr Blau, Integrationsbeauftragter, weist darauf hin, dass man die Kinder mit einer Einwanderungsgeschichte nicht vergessen darf. Diese haben oftmals Probleme mit dem Erlernen der Sprache.

Frau Anger, sachkundige Einwohnerin, verweist auf eine Umfrage des Paritätischen hin, in der die hohe Nutzung in Schleswig-Holstein aufgeführt wird. Auch ihr ist die Landesrichtlinie nicht bekannt und würde diese gerne mal lesen.

Frau Dykiert, Jugendamt, erklärt, dass sie diese Umfragen kennen und dazu von der Beigeordneten einen Rechercheauftrag erhalten haben und daher bei den genannten Orten angefragt haben. Diese konnten sich nicht erklären, wie die Träger auf diese Ergebnisse kamen. Sie versteht, dass die Antwort nicht befriedigend ist und erklärt, dass sie die Landesrichtlinie herausucht, damit diese an das Protokoll angefügt werden kann.

Frau Schulze, AL Sozial-und Wohnungsamt, bestätigt die Rechercheanfrage an die Orte in Schleswig-Holstein.

Sie berichtet, dass es viele Gespräche mit Schulen und Schulsozialarbeiter*innen gab und diese berichteten, dass für viele Eltern die Antragsstellung zu viel sei. Auch durch Corona wurde es nochmal schwieriger mit Eltern ins Gespräch zu kommen. Durch die geplanten Workshops im Anschluss der Befragung hoffen sie auch Anregungen wie die BuT-Mittel besser abgerufen werden können.

Frau Dykiert, berichtet, dass selbst wenn der Antrag für die Kinder bewilligt wird, diese dann oftmals nicht zur Schülerhilfe hingehen würden.

Abstimmung erfolgt Punktweise:

Pkt. 1: **3-1-2**

Pkt. 2: **3-1-2**

Pkt. 3: **3-1-2**

5.1.1. Pkt. 1 Familie-Stärken-Gesetz

5.1.1.1. Pkt. 2 Ottostadt-Kampagne

5.1.1.1.1. Pkt. 3 FIB

5.1.2. Lernförderung nach BuT verstärkt nutzen
Vorlage: S0414/21

Frau Kosak, Bildungsbüro, stellt die Information an Hand einer Präsentation vor. Diese wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sie berichtet, dass mit der Datenerfassung 6 zentrale Ergebnisse erfasst wurden. Im Jahr 2020 gab es ca. 25 Tsd. Kinder und Jugendliche im schulfähigen Alter. Die Anzahl der Schüler*innen steigt an, auch bei Kindern- und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Zur gleichen Zeit steigt die Anzahl von Lehrpersonal aber nur gering. Ein Anstieg gibt es auch bei der Schulabbrecher*innenquote und auch der Förderbedarf ist angestiegen. Der Wechsel an Förderschulen geschieht meist nach der Grundschulzeit.

Ein Knackpunkt scheint auch die Klassenstufe 9 zu sein. In diesem Schuljahr gibt es die meisten Klassenwiederholungen.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, berichtet, dass 42% der Lehrer*innen zwischen 50 und 60 Jahre alt sind. Es ist abzusehen, dass zu wenige jüngere Lehrer*innen nachkommen. Interessant wäre auch zu erfahren, in welcher Art und Weise die Jungen und Mädchen im Förderbereich auffallen. Gibt es dort Unterschiede?

Frau Anger, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, ob auch bei den Schuleingangsuntersuchungen die Förderbedarfe mit eingerechnet wurden und ob auch die Verweiler-Kinder eingerechnet wurden?

Frau Kosak, Bildungsbüro, erklärt, dass es Bedarf für geschlechtsspezifische Projekte (Daten liegen vor) in den Schulen gibt und dass es nur sehr wenige Verweiler-Kinder in den Klassenstufen 1-3 gibt; daher wurden diese nicht mitgerechnet. Die Zahlen aus den Schuleingangsuntersuchungen wurden nicht mit einbezogen.

Die Information wird **zur Kenntnis genommen**.

6. Informationen

6.1. Bildungsreport - Modul 2 - Allgemeinbildende Schulen Vorlage: I0213/21

Herr Blau, Integrationsbeauftragter, bringt den Bericht ein. Er berichtet, dass der Beirat Ende 2019/ Anfang 2020 gegründet wurde. Auf Grund der Corona-Situation fanden die meisten Sitzungen des Beirates Online statt. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung könnte besser sein; oftmals erhalten sie keine Informationen oder erst zu spät. Der Beirat möchte sich mehr beteiligen, aber dazu benötigen sie auch die Informationen. Ein strukturelles Problem sieht er im Bereich der Ausländerbehörde; da gibt es oftmals Probleme bei der Zeitdauer Erteilung des Aufenthaltsstatus. Damit ist er mit **Frau Rudolph** im Gespräch dazu.

Die Information wird **zur Kenntnis genommen**.

6.2. Information zur Berichterstattung des Integrationsbeauftragten 2020 Vorlage: I0229/21

Herr Blau, Integrationsbeauftragter, bringt den Bericht ein. Er berichtet, dass der Beirat Ende 2019/ Anfang 2020 gegründet wurde. Auf Grund der Corona-Situation fanden die meisten Sitzungen des Beirates Online statt. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung könnte besser sein; oftmals erhalten sie keine Informationen oder erst zu spät. Der Beirat möchte sich mehr beteiligen, aber dazu benötigen sie auch die Informationen.

Ein strukturelles Problem sieht er im Bereich der Ausländerbehörde; da gibt es oftmals Probleme bei der Zeitdauer Erteilung des Aufenthaltsstatus. Damit ist er mit **Frau Rudolph** im Gespräch dazu.

Die Information wird **zur Kenntnis genommen**.

- 6.3. Die aktuelle Versorgungssituation psychisch kranker und/oder seelisch behinderter oder von seelischer Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher I0238/21
-

Herr Krüger, Abtl. Sozialer Dienst, bringt die Information ein.

Er berichtet, dass es immer schwieriger wird für Kinder und Jugendlichen, die einen erhöhten Betreuungsbedarf haben, einen passenden Platz in einer Einrichtung zu finden. Die Entwicklung in den Einrichtungen ist rückwärtsgewandt. Es fehlen vermehrt Fachkräfte und die Einrichtungen trennen sich von „schwierigen“ Kindern und Jugendlichen, da diese einen erhöhten Betreuungsbedarf haben.

Das Jugendamt hat sich bereits mit verschiedenen Stellen, wie den Ministerien und den Kinder- und Jugendpsychiatrien in Verbindung gesetzt um Lösungen für diese Kinder und Jugendlichen zu finden, da sie diese selbst nicht mehr unterbringen können.

Wenn diese Entwicklung so weitergeht, müssen zwingend mehr Fachkräfte gebunden werden.

Auf die Nachfrage von **Stadtrat Mertens**, ob es in anderen Kommunen auch so ist, erklärt **Herr Krüger**, Abtl. Sozialer Dienst, dass die Situation bundesweit ähnlich ist. Sie sind auch im Kontakt mit dem Landesjugendamt um dort Hilfe zu bekommen, aber es gibt kaum Plätze. Es fehlt nicht nur an Personal, sondern auch passende Einrichtungen.

Frau Diestelberg, Gleichstellungsamt, erklärt, dass man eigentlich mehr nach Ursachen suchen muss. Ob es psychische Erkrankungen oder ähnliches sind. Es ist dringend notwendig, dass die Kinder früher begutachtet werden. Gibt es eine Einschätzung aus dem Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie?

Herr Krüger, Abtl. Sozialer Dienst, stimmt diesen zu und sieht auch einen höheren Bedarf beim Personal. Schon bevor die Kinder in die Schule kommen, müssen auch passende Beratungsangebote vorgehalten werden.

Auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie haben berichtet, dass sie mehr Personal benötigen. Hinzu kommt, dass es bei uns keine geschlossenen Bereiche für Kinder- und Jugendliche gibt. Daher wird viel Personal für ein Kind bzw. Jugendlichen gebraucht.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, erklärt, dass es für die Kinder und Jugendlichen ein sehr großer Einschnitt ist, wenn ein Träger bzw. Einrichtung sich von Ihnen trennt. Damit ist auch meist auch ein Schulwechsel verbunden.

Herr Krüger, Jugendamt, berichtet weiterhin, dass ein Träger aus Köln überlegt, eine Einrichtung in Magdeburg zu eröffnen. Da muss aber noch das Land zustimmen zwecks der Betriebserlaubnis.

Die Anwesenden diskutieren ausführlich zu dem Thema und es sind sich alle einig, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Information wird **zur Kenntnis genommen**.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, weist auf die Frauenaktionstage im März hin und lädt die Anwesenden zu den verschiedenen Veranstaltungen ein.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Christian Mertens
Vorsitzende/r

Natalie Schoof
Schriftführer/in